

BETEILIGUNGSFONDS **MANNHEIM**²

Nachweis über „De-minimis“-Beihilfen

AntragstellerIn:

Name _____
Anschrift: _____
Telefon-Nr.: _____
Email: _____

Bei der beantragten Zuwendung handelt es sich um eine „De-minimis“-Beihilfe im Sinne der Verordnung (EG) Nr. 1998/2009 der Kommission vom 15. Dezember 2006 über die Anwendung der Artikel 87 und 88 EG-Vertrag auf „De-minimis“-Beihilfen, veröffentlicht im Amtsblatt der EU L379 vom 28. Dezember 2006 bzw. der Verordnung (EG) Nr. 69/2001 der Kommission über die Anwendung der Artikel 87 und 88 EG-Vertrag auf „De-minimis“-Beihilfen veröffentlicht im Amtsblatt der EU L 10 vom 13. Januar 2001.

Der maximal zulässige Gesamtbetrag von „De-minimis“-Beihilfen beträgt innerhalb von drei Jahren ab dem Zeitpunkt der ersten „De-minimis“-Beihilfe EUR 200.000. Dieser Betrag umfasst alle Formen von öffentlichen Beihilfen (z.B. Zuschüsse, Beteiligungen, Darlehen, Bürgschaften), die als „De-minimis“-Beihilfe gewährt wurden, und berührt nicht die Möglichkeit, dass der Empfänger sonstige von der Kommission genehmigte oder freigestellte Beihilfen erhält.

1. In den letzten 3 Jahren (ab dem Datum der Einreichung des Bewerbungsantrags) haben wir *(Bitte ankreuzen)*

☐ folgende „De-minimis“-Beihilfen erhalten:

Datum Bewilligungsbescheid	Zuwendungsgeber	Gegenstand der Förderung und Aktenzeichen	Fördersumme in €	Subventionswert in €

☐ keine „De-minimis“-Beihilfen erhalten.

2. Zur Zeit haben wir *(Bitte ankreuzen)*

☐ folgende Anträge auf „De-minimis“-Beihilfen, über die noch nicht entschieden ist, gestellt:

Datum des Antrags	Behörde	Gegenstand der Förderung	Beantragte Fördersumme in €	Beantragter Subventionswert in €

☐ keinen Antrag auf „De-minimis“-Beihilfen gestellt.

3. Hinweis auf die Bestimmungen des Subventionsgesetzes

Unrichtige oder unvollständige Angaben zu subventionserheblichen Tatsachen können nach § 264 des Strafgesetzbuches (Subventionsbetrug) strafbar sein, sofern die Angaben für den Antragsteller oder einen anderen vorteilhaft sind.

Subventionserheblich sind:

- Angaben zu bisherigen „De-minimis“-Beihilfen und den derzeit laufenden Anträgen

Bei Scheingeschäften und Scheinhandlungen kann eine Subvention nicht gewährt werden.

Rechtsgrundlagen:

§ 264 Strafgesetzbuch, §§ 3 und 4 Subventionsgesetz vom 29.07.1976 (Bundesgesetzblatt 1 S. 2037) in Verbindung mit § 1 des Gesetzes über die Vergabe von Subventionen nach Landesrecht vom 01.03.1977 (Gesetzblatt für Baden-Württemberg S. 42).

4. Als Anlage sind die „De-minimis“-Bescheinigungen nach Nr. 1 bzw. die Anträge nach Nr. 2 in Kopie beigelegt.

[ja]

[nein]

Unter Einhaltung der Bestimmungen des Landesdatenschutzgesetzes werden die der Beteiligungsfonds Mannheim GmbH übermittelten Daten gespeichert und im Rahmen der Antragsbearbeitung bzw. Abwicklung der Maßnahmen an die hierfür zuständigen Stellen weitergeleitet. Die Angaben sind im Sinne des Datenschutzgesetzes freiwillig.

Wir versichern/ich versichere hiermit, die oben stehenden Angaben wahrheitsgemäß und nach bestem Wissen und Gewissen gemacht zu haben.

_____, den _____

Unterschrift AntragstellerIn